

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. Juni 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter, Robert (SPD)	20	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	30, 31
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	1, 27	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	10, 11
Bleser, Peter (CDU/CSU)	34, 35	Ostertag, Adolf (SPD)	15, 16
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	24	Priebus, Rosemarie (CDU/CSU)	32, 33
Erler, Gernot (SPD)	25, 26	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	28, 29
Harries, Klaus (CDU/CSU)	4, 5	Schwanitz, Rolf (SPD)	17
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	38, 39	Stiegler, Ludwig (SPD)	9, 12
Kubatschka, Horst (SPD)	6, 21	Tappe, Joachim (SPD)	2, 3
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	7, 23	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	18, 19
Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	13, 14	Weyel, Gudrun (SPD)	36, 37
Lowack, Ortwin (fraktionslos)	8, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|---|
| <p>1. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU)</p> | <p>Wie beurteilt die Bundesregierung den Beitrag der Bundeswehr zum sogenannten „air-dropping“ über Ostbosnien?</p> |
|--|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- | | |
|---|---|
| <p>2. Abgeordneter
Joachim
Tappe
(SPD)</p> | <p>Wann gedenkt die Bundesregierung die bereits seit einem Jahr als Referentenentwurf vorliegende sogenannte „Sommersmogverordnung“ angesichts der immer häufiger deutlich überschrittenen Grenzwerte bei der Ozonbelastung in bestimmten Regionen zu erlassen?</p> |
| <p>3. Abgeordneter
Joachim
Tappe
(SPD)</p> | <p>Unter welchen Voraussetzungen gibt die vorgesehene Smogverordnung den Kommunen und gegebenenfalls den Landkreisen eine rechtliche Grundlage, bei gefährlich hohen Ozonkonzentrationen ihre Innenstädte bzw. besonders stark belastete Regionen für den Autoverkehr zu sperren?</p> |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

- | | |
|---|--|
| <p>4. Abgeordneter
Klaus
Harries
(CDU/CSU)</p> | <p>Hat die Bundesregierung bei der Einführung neuer Posttarife für Büchersendungen bedacht, daß es bisher aus guten Gründen überzeugende Politik gewesen ist, im Interesse von Literatur, dem Verlagswesen und der Nutzung von Büchern von besonderen Belastungen abzusehen?</p> |
|---|--|

5. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung, daß die neuen postalischen Regelungen das Verlagswesen generell, Verkauf und Versand von Büchern wesentlich und, wie ich fürchte, unzumutbar beeinträchtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

6. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Zwischenergebnisse liegen der Bundesregierung bisher über den auf Rügen laufenden Test von Elektrofahrzeugen vor, und wie beurteilt sie diese Zwischenergebnisse?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den im Jahresgutachten 1993 des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung unterbreiteten Vorschlag einer Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 1% BSP bei Neudefinition der Zugehörigkeit zu Entwicklungsländern unter Einbeziehung Osteuropas, und wird sie – wie in dem Jahresgutachten vorgeschlagen – neue Programme zur Sensibilisierung der Bürger für globale Umweltprobleme initiieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

8. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Aus welcher Passage des Entwurfs für eine abschließende völkerrechtliche Regelung in bezug auf Deutschland der damaligen Sowjetunion vom 17. August 1990 hat die Bundesregierung den Schluß gezogen, daß die alte Sowjetunion nicht nur auf einer Anerkennung der Legitimität von Enteignungen von 1945 bis 1949 bestand, son-

dem darüber hinaus eine Unumkehrbarkeit dieser Enteignungen verlangte (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Rainer Funke in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 25. September 1991)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

9. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbssituation der deutschen feinkeramischen Industrie gegenüber den auf Währungsgefälle, Lohngefälle und Umweltgefälle beruhenden Wettbewerbsvorteilen von Wettbewerbern aus den ehemaligen Staatshandelsländern Mittel- und Osteuropas, und welche Möglichkeiten bilateraler und multilateraler Art sieht sie, die durch die Grenzöffnung verursachte massive Änderung der Wettbewerbsbedingungen zugunsten der deutschen Unternehmen zu beeinflussen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

10. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Wettbewerbsverzerrung durch ausländische Firmen zu Lasten inländischer Baufirmen durch das nachweislich maßlose Überziehen vereinbarter Werkvertragskontingente und durch Lohnzahlung unter Tarif aufzuheben?

11. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, die Werkvertragsregelungen abzuschaffen und durch befristete Arbeitsverträge zu inländischen Arbeitsbedingungen zu ersetzen?

12. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Beratungen der Bundesregierung über die Kündigung und Änderung der Werkvertragsabkommen, und bis wann kann damit gerechnet werden, daß der durch die Werkvertragsabkommen verursachte Verdrängungswettbewerb zu Lasten inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beendet sein wird?
13. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Vor dem Hintergrund, daß die Arbeitsminister der EG sich auf eine EG-Richtlinie zur Arbeitszeit verständigt haben, in der es heißt, jeder EG-Arbeitnehmer hat Anspruch auf eine wöchentliche Ruhezeit von 35 Stunden, die grundsätzlich den Sonntag einzuschließen hat, frage ich die Bundesregierung, welche Auswirkungen hat diese Richtlinie auf die Sonntagsarbeit im produzierenden Gewerbe in den anderen EG-Staaten, insbesondere in der Textilindustrie, und durch wen wird das Einhalten dieser Richtlinie kontrolliert und durchgesetzt?
14. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Wie erfolgt die Kontrolle zur Einhaltung und Durchsetzung dieser Richtlinie, und inwieweit wird der Deutsche Bundestag bei einer Novellierung des Arbeitszeitgesetzes durch diese Richtlinie eingeschränkt?
15. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Aus welchen Gründen war die Bundesregierung bisher nicht in der Lage, einen Gesetzentwurf mit Regelungen über den Arbeitnehmerdatenschutz vorzulegen, obwohl bereits Mitte der 80er Jahre die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder sowie der Deutsche Bundestag entsprechende Regelungen angesichts der völlig unbefriedigend geregelten Rechtslage forderten, und wie ist das Fehlen einer sachgerechten Lösung in Einklang zu bringen mit mehrfachen Äußerungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, wonach auch die Bundesregierung ein Regelungsbedürfnis sehe?
16. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den im 14. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz kritisierten Umstand, daß Maßnahmenträger bei der Fortbildung und Umschulung von Arbeitslosen unzulässige „Sozial-Dossiers“ mit diskriminierenden Ausführungen und in die Persönlichkeit von Arbeitslosen eingreifende psychologische Bewertungen erstellten und an das jeweilige Arbeitsamt weitergeleitet haben, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die Einhaltung bestehender datenschutzrechtlicher Bestimmungen im Rahmen der Vertragsgestaltung zwischen Bundesanstalt für Arbeit und Maßnahmenträgern berücksichtigt werden?

17. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach die Rentenversicherungsträger in den neuen Bundesländern seit dem 1. April 1993 an entsprechende Antragsteller keine Abschlagszahlungen mehr vornehmen, sondern diese – mit dem Argument der Arbeitsüberlastung – direkt an die Sozialämter verweisen, und – wenn diese Informationen zuträfen – was würde die Bundesregierung hiergegen unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

18. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)

Welche schiffahrtspolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der letzten EG-Ministerratstagungen in Verbindung mit den eindeutigen Handlungsaufträgen, die sich aus der Anhörung des Verkehrsausschusses vom 28. Mai 1993 zum Thema „Tankerunfälle, Schiffs- und Küstensicherheit“ ergeben haben?

19. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)

Welche konkreten Vorschläge zur Verbesserung der schiffahrts- und schiffssicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in die IMO(Internationale Maritime Organization)-Ratssitzung am 14. und 15. Juni 1993 eingebracht und durchgesetzt?

20. Abgeordneter
**Robert
Antretter**
(SPD)

Aus welchem Grund ist der Weiterbau der B 14 von Winnenden nach Backnang im neuen Fünfjahresplan nicht mehr enthalten, obgleich er im Fünfjahresplan 1985 bis 1990 vorgesehen war, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten – und gegebenenfalls welche –, dieses Projekt noch in den nunmehr anlaufenden Fünfjahresplan aufzunehmen?

21. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs an den Bayerischen Landtag, den Senat und die Staatskanzlei, in dem die zu hohen Kosten für den geplanten Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen gerügt werden und die fehlende Kosten-Nutzen-Analyse für dieses Projekt angemahnt wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

22. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Wie kommt die Bundesregierung eigentlich dazu, die tüchtigen Menschen auf Taiwan und die hervorragende Entwicklung des Landes zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild zu diffamieren, indem sie den Taiwan-Chinesen, die niemals zum kommunistischen Festland gehörten, eine „Ein-China-Doktrin“ aufzwingen will?
23. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Welche Haltung hat die Bundesregierung zu der Ausladung des Dalai-Lama aus dem offiziellen Programm der VN-Weltmensenrechtskonferenz in Wien, die auf Intervention und Druck Chinas erfolgt ist, eingenommen?
24. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die auf der jüngsten Konferenz in Genf deutlich gewordene ethnische Aufteilung Bosnien-Herzegowinas zu Lasten des moslemischen Bevölkerungsteils einer faktischen Anerkennung der Eroberungs- und Vertreibungspolitik der stärkeren Kroaten und Serben gleichkommt, und welche Schritte gedenkt sie zu unternehmen, um den bosnischen Moslems über Appelle und humanitäre Hilfe hinaus wirksam helfen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

25. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Tätigkeit einer Vereinigung namens „Christliche Mitte“, die ihre Adresse mit Postfach 2168 in 59531 Lippstadt angibt, die per Postwurfsendung eine „Bürgerbefragung: Wollen Sie ein islamisches Deutschland?“ veranstaltet und dabei volksverhetzende Parolen verbreitet, in denen die Rede ist von einer drohenden „Islamisierung Deutschlands“, islamischen „Weltherrschaft“, von islamischen Plänen zur Ausrottung aller Christen sowie von Mord und Vertreibung gegen Christen in der Türkei, und die sich gegen den Bau von „politischen Moscheen und Islamzentren“ in Deutschland wendet?

26. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die beschriebene Tätigkeit der Vereinigung „Christliche Mitte“ in einer Zeit, in der türkische und andere Mitbewohner islamischen Glaubens in Deutschland um ihr Leben fürchten müssen, und welche Möglichkeiten wird die Bundesregierung wahrnehmen, um antiislamischen und antitürkischen Volksverhetzungen dieser Art entgegenzutreten?
27. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Wie erfüllen die einzelnen Bundesländer (bitte einzeln aufschlüsseln) ihre Verpflichtung, ihre Bereitschaftspolizeien in einer bestimmten Größe zu unterhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der Bundesländer mit Blick auf die innere Sicherheit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitslose in Deutschland eignen sich zur Beschäftigung, um den vom Finanzchef der Treuhandanstalt, Herrn Hornef, am 16. Juni 1993 in der Sitzung des Ausschusses Treuhandanstalt des Deutschen Bundestages erklärten Engpaß bei den Kataster- und Grundbuchämtern sowie bei den Vermessungsbüros in den neuen Ländern bei der Bearbeitung der in großem Umfang von der Treuhandanstalt bisher verkauften Grundstücke schnellstmöglich zu beseitigen?
29. Abgeordneter
Dr. Erich Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung den Einnahmeausfall der Treuhandanstalt, der durch die in der vorangehenden Frage erwähnte verzögerte Bearbeitung von Grundstücks-Kaufverträgen in den neuen Ländern entsteht?
30. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Wie hat sich die Bundesregierung vor der Entscheidung zum überhasteten Verkauf der Deutschen Seereederei an die Hamburger Rahe/Schuess-Gruppe davon überzeugen können, daß das Unternehmenskonzept langfristig tragfähig, insbesondere die Finanzkraft der Investoren dauerhaft gesichert und der Erhalt von einheimischen Seearbeitsplätzen durch die von der Treuhandanstalt favorisierten Erwerber auch wirklich möglich ist, und wie will sie die in letzter Zeit von verschiedener Seite geäußerten Zweifel an der Bonität der Rahe/Schuess-Gruppe gegenüber den betroffenen Arbeitnehmern entkräften?

31. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung, daß angesichts der im Kaufvertrag zwischen der Treuhandanstalt und der Rahe/Schuess-Gruppe sehr niedrig ausgefallenen Poenale der Erhalt von Arbeitsplätzen für einheimische Seeleute und von Frauenarbeitsplätzen als gesichert angesehen werden kann, und wie will die Bundesregierung die diesbezüglichen, begründet geäußerten Zweifel und Ängste der Arbeitnehmer entkräften?
32. Abgeordnete
Rosemarie Priebus
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Treuhandanstalt den Betrieb „Mein Haus“ in Werder bei Neuruppin (Fertighäuser/Mehrzweckgebäude) in die Liquidation geführt hat, obwohl ausreichend Aufträge für eine Weiterführung des Betriebes (161 Mitarbeiter) vorlagen, und daß dem Vorschlag des Betriebsrates, den Betrieb mit vorhandenen Verträgen bis zur endgültigen Privatisierung/Sanierung/Stillegung weiterzuführen, nicht zugestimmt wurde?
33. Abgeordnete
Rosemarie Priebus
(CDU/CSU)
- Was hat die Treuhandanstalt unternommen, um die Landesregierung Brandenburg zur Hälfte an den Kosten des Sanierungskonzeptes zu beteiligen, wie dies in einem Gutachten der Treuhandanstalt gefordert wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

34. Abgeordneter
Peter Bleser
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie die EG-Mitgliedstaaten die EG-Agrarreform speziell bei der Erfassung der Flächen und bei der Gewährung von Prämien umsetzen?
35. Abgeordneter
Peter Bleser
(CDU/CSU)
- Wie wird die Umsetzung der EG-Agrarreform in den einzelnen EG-Mitgliedstaaten kontrolliert?
36. Abgeordnete
Gudrun Weyel
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, in absehbarer Zeit einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes vorzulegen, um im Rahmen der europäischen Harmonisierung die Zulassung selektiv wirkender Pflanzenschutzmittel für Spezialkulturen zu erleichtern?

- | | |
|--|--|
| <p>37. Abgeordnete
 Gudrun
 Weyel
 (SPD)</p> | <p>Welche zeitlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung für eine Einigung über die einheitlichen Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (Anhang VI der Richtlinie 91/414/EWG)?</p> |
| <p>38. Abgeordneter
 Dr. Karl-Heinz
 Klejdzinski
 (SPD)</p> | <p>Trifft es zu, daß der Entwurf einer Salmonellen-Verordnung durch die Bundesregierung, mit dem das von den Impfstoffwerken Dessau-Tornau in Sachsen-Anhalt hergestellte Zoosaloral H im Geflügelzuchtbereich zwangsweise zur Anwendung gebracht werden soll, um zu garantieren, daß nur noch salmonellenfreie Tiere in die Massentierhaltung kommen, Ende 1993 in Kraft treten soll?</p> |
| <p>39. Abgeordneter
 Dr. Karl-Heinz
 Klejdzinski
 (SPD)</p> | <p>Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß die Salmonellenseuche mit dem Impfstoff Zoosaloral H umfassend und verbraucherunschädlich eingedämmt werden kann?</p> |

Bonn, den 18. Juni 1993

